

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 08.03.2011**

öffentlich

Ort: Christian-Wolff-Haus, Große Märkerstraße 10

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:25 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Lothar Dieringer	parteilos	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	ab 17:05 Uhr
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Martina Wildgrube	FDP	
Herr Manfred Sommer	MitBURGER für Halle	bis 18:50 Uhr
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Claudia Cappeller	SKE	bis 18:50 Uhr
Herr Christian Feigl	SKE	
Herr Ingo Kautz	SKE	
Frau Undine Klein	SKE	ab 17:15 Uhr
Herr Dieter Lehmann	SKE	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	SKE	ab 17:15 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Uwe Heft	parteilos	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	
Herr Rainer Köhne	SKE	
Herr Dieter Schika	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 4.1. Antrag des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zum Konzept zur Gestaltung des Geländes der ehemaligen Fröbelschule
Vorlage: V/2010/09228
- 4.2. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009
Vorlage: V/2010/09413
Änderungsantrag des Stadtrates Olaf Sieber (Fraktion DIE LINKE.) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 (Vorl.-Nr.: V/2010/09413)
- 4.2.1 .
Vorlage: V/2011/09623
- 4.3. Stadtumbaugebiete nördliche und südliche Innenstadt: kommunale Richtlinie und Abgrenzung von Fördergebieten zur Gebäudesicherung im Rahmen der Stadtumbau - Ost - Abriss - und - Aufwertungsrichtlinie des Landes Sachsen- Anhalt
Vorlage: V/2011/09497
Änderungsantrag des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) zur Beschlussvorlage Gebäudesicherungsprogramm in räumlichen Schwerpunkten der Stadtumbaugebiete Nördliche Innenstadt und Südliche Innenstadt (V/2011/09497)
- 4.3.1 .
Vorlage: V/2011/09610
- 4.4. Terrassengarten am Tallinn
Vorlage: V/2011/09450
- 4.5. Bebauungsplan Nr. 32.8 Heide-Süd, 1. Änderung - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: V/2011/09455
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zur Freischaltung von Arbeitsfunktionen bei den Bebauungsplänen im Internet
Vorlage: V/2010/09377
- 5.2. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Erstellung eines Brückenkatasters für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2010/09325
- 5.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich des Gewerbe- und Industriegebietes Halle -Trotha
Vorlage: V/2010/09242
- 5.4. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage eines Werbekonzeptes der Deutsche Städte Medien GmbH (DSM) und der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09445
6. Mitteilungen
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Sänger eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit sowie die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Folgende Änderungen wurden vorgenommen:

Top 5.1 Antrag des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zur Freischaltung von Arbeitsfunktionen bei den Bebauungsplänen im Internet
Vorlage: V/2010/09377

wurde im Stadtrat abschließend behandelt und ist damit erledigt.

Top 5.2 Antrag des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zum Konzept zur Gestaltung des Geländes der ehemaligen Fröbelschule
Vorlage: V/2010/09228

wurde als Top 4.1 behandelt.

Top 5.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Erstellung eines Brückenkatasters für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2010/09325

wird auf die Sitzung am 12.04.2011 vertagt. Die Verwaltung ist aufgefordert, das Brückensanierungsprogramm vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Der geänderten Tagesordnung wurde einstimmig zugestimmt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Antrag des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zum Konzept zur Gestaltung des Geländes der ehemaligen Fröbelschule Vorlage: V/2010/09228

Herr Lange begründete den Antrag und stellte seine Vorschläge zur Gestaltung des Geländes der ehemaligen Fröbelschule vor.

Der Antrag wurde als Prüfauftrag an die Verwaltung gegeben.

Bis Juni ist ein Konzept zu erstellen.

Herr Lunebach erläuterte, dass eine Finanzierung oder Fördermöglichkeit mittelfristig nicht möglich erscheint, da neue Baumaßnahmen gemäß LVwA ausgeschlossen wurden. Es sollte deshalb vermieden werden, Kapazitäten im Amt 61 für die Erstellung eines Konzeptes zu binden.

Herr Sänger schlug vor, zu prüfen ob eine Finanzierung über Sponsoring der anliegenden Wohnungsgesellschaften möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

durch den Antragsteller auf Juni vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Gestaltung des Geländes der ehemaligen Fröbelschule (Harzgeroder Straße) zu erstellen und ~~umzusetzen~~ **Umsetzungsmöglichkeiten zu prüfen**. Dabei sollen auch die Nutzer des Cliquentreffs „Schnatterinchen“ und die AnwohnerInnen mit einbezogen werden.

Die Stadtverwaltung prüft dabei, inwieweit bei der Umgestaltung generationenübergreifende Spiel- und Sportmöglichkeiten installiert werden können.

Die Stadtverwaltung berichtet dem Stadtrat spätestens im ~~Februar~~ **Juni** 2011 über das Konzept und ~~den Stand~~ **über die Möglichkeiten** der Umsetzung.

zu 4.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009 Vorlage: V/2010/09413

Herr Felke äußerte sich zu den von der Verwaltung verteilten Einsparungslisten und den darin vermerkten Auswirkungen.

Amt 62 Sind höhere Einsparungen möglich?

Amt 63 Kürzung bei Sicherung (insbesondere Vorleistungen für Eigentümer) problematisch

Amt 66 Inwieweit passt das Schlaglochprogramm des Landes zu den Kürzungen?

Amt 67 Hochwasserschäden bei Spielplätzen nicht streichen

Herr Lehmann zu

Amt 61 Ist es sinnvoll, die Bauleitplanung zu verschieben, wenn Grundstücksverkaufsabsichten

der Verwaltung damit verbunden sind?

Amt 63 Mittel für Sicherung sind wichtig

Amt 67 Wie ist es möglich, bei der Verkehrssicherungspflicht bei Baumschnitt zu kürzen?
Pflichtaufgabe?

Herr Lunebach gab Erläuterungen zu den Spielräumen im VerwHH. Einsparungen sind im Amt 61 nur bei den Planungskosten möglich wie z. B. eine Verringerung der Tagungen des GBR. Dies sind Angebote unter schwieriger HH-Situation.

Das Entwicklungsgebiet Am Rosengarten wird zeitlich gestreckt, da Kosten für externe Gutachten notwendig sind.

Herr Heinz erläuterte die Richtlinie des Landes für das Schlaglochprogramm. Die Investitionsmittel sind für die Vorhaben Zollrain, Magdeburger Str. und Dessauer Str. vorgesehen.

Herr Sieber äußerte sich zufrieden über die Erläuterungen der Verwaltung zum Stadtwald.

Herr Felke bezog sich auf den Knotenausbau Steintor und fragte, ob die Mittel für eine umfassende Planung bis LPH 5 ausreichen? Der Knoten sollte möglichst zeitgleich mit der Inbetriebnahme des GSZ erfolgen.

Herr Lunebach antwortete, dass Mittel für den 1. BA (Ludwig-Wucherer-Str. bis Kreisel Steintor) unter der HH-Stelle 7920 – ÖPNV eingestellt sind. Weitere Abstimmungen mit der HAVAG laufen gerade. Weiterhin soll eine Anfrage beim Land für eine investive Sonderfinanzierung gestellt werden.

Herr Sängler sagte, dass die Verwaltung (OBin) das Land zur Finanzierung erneut auffordern sollte.

Herr Lehmann fragte, ob bereits bestehende Planungen verwendet werden könnten?

Herr Lunebach erläuterte, dass bestehende Planungen geprüft wurden. Diese Konzepte sind in mehrerer Hinsicht nicht mehr aktuell, z. B. in Bezug auf die Barrierefreiheit.

Frau Cappeller sagte, dass stadtplanerisch nicht gespart werden sollte, ebenso nicht beim GBR.

Was ist unter Abschlagszahlung bei Brunnenanlagen zu verstehen?

Herr Lunebach sagte, dass die stadtplanerischen Einsparungen wie in allen Dezernaten und Ämtern notwendig sind.

Herr Menn sagte, dass die Kürzungen bei Spielplätzen und die Abschaltung von Brunnenanlagen nicht nachvollziehbar sind.

Herr Rost antwortete, dass das Amt 67 bei sinkenden Mitteln in den letzten Jahren Flächenzuwächse zu verzeichnen hatte. 25 % Einsparung sind ein schmerzlicher Einschnitt. Pflichtaufgaben werden zuerst finanziert.

Herr Felke schlug vor, die Einsparungspositionen (HH-Stelle 1.5810.516000) von 70 T€ und 50 T€ zu streichen und aus anderen Positionen zu finanzieren wie z. B. weiteren 20 T€ Einsparung im Amt 62.

Herr Metzler erläuterte seine Finanzbedarf und stellte fest, dass noch maximal 5 T€ Einsparpotential vorhanden sind.

Herr Sänger fragte **Dr. Pohlack**, ob er weitere Vorschläge hat?

Herr Dr. Pohlack sagte, dass die HH-Einsparungen nur unter schmerzlichen Einschnitten erfüllbar sind und dafür weiterhin gute Ideen gesucht werden, um Schaden abzuwenden.

Herr Dieringer sagte, dass Prioritäten zu setzen sind und die Einsparungen nicht bei den Kindern erfolgen sollen, sondern z. B. bei dem Vorhaben „Saalhorn“.

Herr Sprung fragte, ob z. B. das Steintor später ausgebaut werden kann und diese Mittel für die Spielplätze Verwendung finden können? Weitere Pauschalansätze bei den Planungskosten im Amt 61 sollten gestrichen werden.

Herr Lunebach sagte, dass so gut wie alle Pauschalansätze gestrichen wurden. Es gibt noch Positionen, die in 2010 beauftragt wurden und 2011 bezahlt werden müssen. Man könne darüber diskutieren Bürgerforen, die Lenkungsgruppe Stadtumbau und den Gestaltungsbeirat ganz zu streichen. Lärm- und Bodengutachten für die Bauleitplanung sind notwendig und müssen beauftragt werden.

Herr Lehmann sagte, dass politische Entscheidungen auf der Grundlage der Sparvorschläge der Verwaltung gefragt sind.

Herr Fikentscher schlug vor, den Aufwand für die Erhaltung und Ausstattung von Spielplätzen zu vereinfachen und dafür breiter im Stadtgebiet zu streuen.

Herr Felke verlangte eine konkrete Untersetzung der notwendigen Arbeiten an Spielplätzen.

Herr Sieber schlug vor, die Mittel für die Machbarkeitsstudie Friedemann-Bach-Platz zu streichen und für die Spielplätze zu verwenden. Er wollte wissen, ob die Spielplätze, bei denen regelmäßig Hochwasserschäden entstehen, geschlossen werden können?

Frau Cappeller schlug vor, hier mittels politischer Aktionen Bürger zu aktivieren. Bürger haben ein Interesse daran, in ihren Wohngebieten die Spielplätze zu erhalten.

Herr Sänger bat darum, konkrete Anträge zu stellen.

Er schlug vor, dass die Vorhaben für die To GBR zukünftig vom PA bestätigt werden sollten.

Herr Lunebach warnte davor, den GBR in Raten „sterben zu lassen“. Ein „Abschaffung“ wäre dann besser.

Herr Feigl sprach sich gegen eine Streichung des GBR aus.

Herr Dieringer stellte den Antrag, den GBR zu Gunsten der Spielplätze zu streichen.

Dieser Antrag wurde nicht abgestimmt.

Herr Sieber stellte folgenden Antrag, siehe Top 4.2.1.

Die bereits verminderten Mittel für die Machbarkeitsstudie Friedemann-Bach-Platz in Höhe von 40 T€ (HH-Stelle 1.6100.655000) werden zugunsten der Beseitigung von Hochwasserschäden an Spielplätzen (HH-Stelle 1.5810.516000) gestrichen.

Der Antrag wurde mit

4 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen

mehrheitlich angenommen.

Herr Felke wies darauf hin, das Einsparungsangebot von Herrn Metzler in Höhe von 5 T€ für die Spielplätze zu verwenden.

Herr Lunebach erklärte, dass die Machbarkeitsstudie für den Friedemann-Bach-Platz ein wesentlicher Bestandteil des Wettbewerbes „Stadt der Wissenschaften“ ist. Ohne diese Vorbereitung ist der Wettbewerb 2012 nicht durchführbar.

Herr Dr. Fikentscher sagte, dass die Entscheidung des Wettbewerbs in zwei Wochen abgewartet werden und danach eine Entscheidung gefällt werden sollte.

Damit werden von Seiten des Ausschusses folgende Veränderungen empfohlen:

- bei 1.6110.603000 wird die ursprünglich angebotene Reduzierung von 10.000 € auf 15.000 € zu Gunsten der Minderung der Kürzung bei 1.5810.516000 erhöht,

- bei 1.6100.655000 wird die ursprünglich angebotene Reduzierung von 10.000 € zur Verringerung des Untersuchungsumfanges im Rahmen des Wettbewerbes Stadt der Wissenschaften zu Gunsten der Minderung bei 1.5810.516000 auf 50.000 € erhöht.

Damit reduziert sich die Minderung bei 1.5810.516000 um 45.000 € **haushaltsneutral!**
Alle übrigen, von der Verwaltung vorgeschlagenen Reduzierungen sind bestätigt worden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 4
Nein-Stimmen 1
Enthaltungen 4
mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat nimmt die Haushaltssatzung 2011, den Haushaltsplan 2011 und das Haushaltskonsolidierungskonzept zur Kenntnis und verweist sie in die Fachausschüsse.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Beratungen in den Fachausschüssen Vorschläge zu bringen, damit der Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt von 31,8 Mio. € um 12,3 Mio. € auf 19,5 Mio. € (gemäß Beschluss zur Nachtragshaushaltssatzung 2010) gesenkt wird.
3. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2009 zur Kenntnis.

**zu 4.2.1 Änderungsantrag des Stadtrates Olaf Sieber (Fraktion DIE LINKE.)
zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr
2011 (Vorl.-Nr.: V/2010/09413)
Vorlage: V/2011/09623**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 4
Nein-Stimmen 2
Enthaltungen 3
mehrheitlich angenommen

Beschlussvorschlag:

Die bereits verminderten Mittel für die Machbarkeitsstudie Friedemann-Bach-Platz in Höhe von 40 T€ (HH-Stelle 1.6100.6550009) werden zugunsten der Beseitigung von Hochwasserschäden an Spielplätzen (HH-Stelle 1.5810.516000) gestrichen.

**zu 4.3 Stadtumbaugebiete nördliche und südliche Innenstadt: kommunale
Richtlinie und Abgrenzung von Fördergebieten zur Gebäudesicherung
im Rahmen der Stadtumbau - Ost - Abriss - und - Aufwertungs-
richtlinie des Landes Sachsen- Anhalt
Vorlage: V/2011/09497**

Frau Wildgrube fragte, ob die veranschlagten Kosten von 75 T€ für einen Moderator gedacht sind? Wie wurden die Kosten errechnet?

Herr Lunebach antwortete, dass hier für den Förderantrag die Erfahrungswerte der Eigentümermoderation in Glaucha hochgerechnet wurden und in der Praxis dann abhängig sind von der Mitwirkung der Eigentümer. Zur Eigentümermoderation direkt wurde im nichtöffentlichen Teil geantwortet.

Herr Feigl fragte, ob es sinnvoll ist, die Förderung auf die Vorderhäuser zu beschränken. Er hielt es für sinnvoll auch Hinterhäuser und Nebengebäude einzubeziehen.

Herr Lunebach erläuterte, dass Mittel dort eingesetzt werden sollten, so die Wirkung auf das Quartier besonders groß ist, nämlich straßenbegleitend. Im Einzelfall wäre auch eine Förderung von Hinterhäusern sinnvoll. Da hier aber der Gleichheitsgrundsatz greifen würde, bestünde ein Rechtsanspruch für jeden Eigentümer auf Förderung.

Herr Sommer wies auf redaktionelle Fehler hin.

Herr Felke sagte, dass Eckbebauungen besonderes Augenmerk erhalten sollten. Dafür sei die Kategorisierung nach Straßentypen nicht geeignet.

Herr Lunebach erklärte, dass beschädigte Eckgebäude in den Fördergebieten nicht mehr vorhanden sind. Diese Frage ist ab 2013 erneut zu stellen und zu entscheiden, wenn weitere Wohngebiete einbezogen werden.

Herr Sommer stellte einen Änderungsantrag zur Aufnahme von Objekten in der Paracelsusstr./Wielandstr., siehe Top 4.3.1.

Herr Luebach erläuterte, dass dies rechtlich nicht möglich ist, da die Objekte außerhalb der Fördergebiete liegen. Hierzu muss das ISEK erst fortgeschrieben werden.

Der Antrag wurde mit

1 Ja-Stimme 7 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

- 1.) Der Stadtrat beschließt für die Gewährung von Sicherungsmitteln die als Anlage 1 beigefügte Richtlinie (Stand 26. Januar 2011).
- 2.) Der Stadtrat beschließt die räumlichen Schwerpunkte für die Gewährung von Sicherungsmitteln in den Jahren 2011 und 2012 gemäß der Plandarstellung (Anlage 2, Stand 26. Januar 2011).

zu 4.3.1 Änderungsantrag des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) zur Beschlussvorlage Gebäudesicherungsprogramm in räumlichen Schwerpunkten der Stadtumbaugebiete Nördliche Innenstadt und Südliche Innenstadt (V/2011/09497) Vorlage: V/2011/09610

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 1

Nein-Stimmen 7

Enthaltungen 1

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird mit einem weiteren Punkt ergänzt:

3. Der Stadtrat beschließt, dass zusätzlich zu den räumlichen Schwerpunkten für die Gewährung von Sicherungsmitteln in den Jahren 2011 und 2012 gemäß der Plandarstellung (Anlage 2, Stand 26. Januar 2011) nachstehende Objekte außerhalb der Schwerpunktgebiete als förderfähige Einzelobjekte festgelegt werden:
 - die Wielandstraße 14 und 17
 - die Paracelsusstraße 17, 18, 19, 20

zu 4.4 Terrassengarten am Tallinn Vorlage: V/2011/09450

Herr Menn fragte, ob im Hinblick auf die Haushaltslage die Sanierung notwendig ist, wenn die Anlage vielleicht später nicht mehr erhalten werden kann?

Herr Dieringer sagte, dass eine Sanierung überfällig ist. Er fragte, ob der Platz für eine Bühne (Parkfest) erhalten wird?

Herr Lunebach antwortete, dass die Kosten sich für den Unterhalt der Anlage nicht erhöhen.

Frau Neubert antwortete, dass die Bühne wegen der sehr geringen Nutzung nicht erhalten wird. Andere Möglichkeiten sind vorhanden.

Herr Menn fragte, ob die Stahlpergola wirklich erhalten werden sollte?

Frau Neubert erläuterte den historischen Wert der Pergola.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 6

Nein-Stimmen 2

Enthaltungen 1

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Umgestaltung des Terrassengartens am Tallinn zu einem Generationenpark wird zugestimmt.

zu 4.5 Bebauungsplan Nr. 32.8 Heide-Süd, 1. Änderung - Beschluss zur öffentlichen Auslegung Vorlage: V/2011/09455

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt, den Bebauungsplan Nr. 32.8 Heide-Süd (Satzungsbeschluss des Stadtrates am 30.03.2011, Beschluss Nr. V/2011/09455) in dem in der Anlage 2 gekennzeichneten Teilbereich im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB zu ändern (1. Änderung).
2. Der Stadtrat billigt den in der Planzeichnung und in der Begründung benannten Änderungsumfang.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 32.8 ortsüblich bekanntzumachen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die von der beabsichtigten Änderung betroffene Öffentlichkeit gemäß § 13 (2) S.1 Nr. 2 BauGB und die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 (2) S.1 Nr. 3 BauGB zur Stellungnahme aufzufordern.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zur Freischaltung von Arbeitsfunktionen bei den Bebauungsplänen im Internet Vorlage: V/2010/09377

Wurde im am 23.02.2011 Stadtrat abschließend behandelt und ist deshalb erledigt.

zu 5.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Erstellung eines Brückenkatasters für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2010/09325

Abstimmungsergebnis:

vertagt durch Antragsteller auf die Sitzung des PA am 12.04.2011

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Stadt Halle (Saale) erstellt ein Brückenkataster und legt dieses dem Stadtrat zum Januar 2011 vor.

Das Kataster gibt Auskunft über:

1. den Zeitpunkt der letzten Brückenhauptprüfung sowie den erfassten Ergebnissen,
2. vorhandene Mängel und sich daraus ableitender Handlungsbedarf,
3. die Anzahl der Brücken im Bestand der Stadt Halle (Saale),
4. in welchem Umfang (prozentual und absolut) es sich um Bundesstraßen, Landstraßen, Gemeindestraßen und Fußgängerbrücken (Fahrradbrücken) handelt,
5. mit welchen Kosten für die Brückensanierung in den nächsten 10 Jahren zu rechnen ist (ausweislich für jedes einzelne Jahr),
6. wie hoch die Reparaturrückstellungen der Stadt sind,
7. mit welchen Fördermitteln des Landes und des Bundes die Stadt in den nächsten 10 Jahren bei der Sanierung für die Brücken rechnen kann,
8. wie hoch der prozentuale und absolute Anteil der Stadt an den Reparaturkosten für jede einzelne Brücke ist,
9. wie hoch die Unterdeckung ist.

Ableitend aus dem Brückenkataster entwickelt die Stadt einen Sanierungsplan. Dieser ist detailliert zu untersetzen und dem Stadtrat bis zum Januar 2011 vorzulegen.

zu 5.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich des Gewerbe- und Industriegebietes Halle -Trotha
Vorlage: V/2010/09242

Herr Wendler hielt einen Vortrag zur Entwicklung des Hafengebietes Trotha.

Herr Menn erläuterte das Ziel des Antrages. Konflikte zwischen Industrieansiedlungen und Wohnbebauung sollen mit einem Bebauungsplan verhindert werden.

Herr Lunebach erklärte, dass das Planungsziel für die unbebaute Fläche die Ansiedlung von Gewerbe ist. Ein Bebauungsplan würde Entschädigungsansprüche nach sich ziehen. Das LVwA prüft jede geplante Gewerbeansiedlung auf Immissionsschutz. Dem sollte vertraut werden.

Herr Sprung sagte, dass die gesetzlichen Vorschriften ausreichend sind. Es sollte kein Geld für weitere Planungen ausgegeben werden.

Herr Felke fragte nach der Abstimmung mit den Nachbargemeinden (B-Plan 98)?

Herr Lunebach erklärte, dass der B-Plan 98 erst dann zur Rechtskraft geführt wird, wenn potentielle Ansiedlungen in Aussicht stehen. In diesem Zusammenhang werden Abstimmungen mit den Nachbargemeinden geführt.

Herr Feigl fragte nach der Entwicklung der Flächen südlich des Heizkraftwerkes?

Herr Wendler antwortete, dass diese nur im Einzelnen betrachtet werden können. Eine pauschale Aussage ist hier nicht möglich.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 1

Nein-Stimmen 7

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, für den Bereich des Gewerbe- und Industriegebietes Halle-Trotha einen Bebauungsplan aufzustellen. Ziel ist es, künftige Ansiedlungen im Gewerbe- und Industriegebiet so zu steuern, dass Konflikte mit den Bewohnern der angrenzenden Wohngebiete in Kröllwitz ausgeschlossen werden.

zu 5.4 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage eines Werbekonzeptes der Deutsche Städte Medien GmbH (DSM) und der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2011/09445

Abstimmungsergebnis:

wurde vertagt, da kein Antragsteller mehr anwesend war

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat ~~bis Juni 2011~~ ein zwischen der Deutsche Städte Medien GmbH (DSM) und der Stadt Halle (Saale) zu vereinbarendes Werbekonzept vorzulegen. **Der Entwurf zur Gesamtstruktur des Werbekonzeptes wird dem Stadtrat spätestens im Juni 2011 vorgelegt, das Konzept wird bis spätestens Dezember 2011 abschließend überarbeitet und zur Beschlussfassung dem Stadtrat bereit gestellt.**

zu 6 Mitteilungen

Es gab keine Mitteilungen.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Herr Felke war mit der Beantwortung seiner Anfrage zum Skatepark Halle-Neustadt einverstanden.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

- **Herr Kautz** übergab eine Anfrage zum B-Plan Nr. 100 Talstraße (siehe Anhang). *wurde im nichtöffentlichen Teil beantwortet*

- **Herr Sieber** fragte zum HH-Plan 2011 Stadtwald nach.
Er bat um eine ergänzende Information zur Bilanz der Kosten.
Wovon werden die externen Auftragnehmer für den Holzeinschlag bezahlt?
Für den Holzverkauf ist eine Einnahme von 30T€ geplant.
Werden die Kosten für die Externen schon von den Holzerlösen abgezogen?
Wie ist die Gesamtbilanz? Wird für nur für 30T€ Holz verkauft?

wird schriftlich beantwortet

- **Herr Felke** stellte folgende Fragen:
 1. Welche Veränderungen sind für Fußgänger in der Glauchaer Straße an den Saalekliniken vorgesehen?
 2. Prüfung der Darstellung des Geltungsbereiches B-Plan 32.3; Unterschiede im Amtsblatt und in der Vorlage?

die Verwaltung prüft

zu 1. **Herr Lunebach** antwortete, dass in der Sitzung des PA im Juni oder August 2011 über ein Gesamtkonzept für das Gebiet STEG informiert werden wird.

- **Frau Schlüter-Gerboth** fragte, ob in der Muldestraße nach Abriss der Schule eine Speedskateanlage durch einen Verein eingerichtet und gefördert werden kann?

Herr Lunebach antwortete, dass dieses Projekt förderfähig wäre, aber gemäß LVwA keine neuen Projekte begonnen werden dürfen.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 25.03.11

Frau Schmiedehaus
Protokollführerin

Herr Dr. Pohlack
Bürgermeister

Herr Sänger
Vorsitzender